

90. Jahrestag der Niederschlagung des Kapp-Putsches im März 1920

Am 13. März 1920 putschten Reichswehroffiziere, rechtsextreme Freikorpsoldaten und reaktionäre Politiker gegen die Regierung der Weimarer Republik.

Mit unserer heutigen Veranstaltung – 90 Jahre später – wollen wir an die Opfer des Putsches erinnern. Der erfolgreiche Abwehrkampf von insgesamt 2.000 bewaffneten Arbeitern gegen den Rechts-Putsch hier in Thüringen war teuer erkauft, er forderte hier 7 Todesopfer aus den Reihen der Verteidiger der Republik. Die Erinnerung gilt natürlich an so einen Tag auch allen anderen Opfern dieses Putsches, so beispielsweise den ermordeten Arbeitern in Mechterstädt am 25. März 1920.

Zugleich will ich aber auch über die reine Geschichtsbetrachtung hinausgehen und die Frage aufwerfen, wie es gelingen konnte, dass dem Kapp-Putsch gerade hier in der Region eine nachhaltige Abfuhr erteilt werden konnte und was uns die Ereignisse des März 1920 heute für unsere Diskussionen um linke Politik und eine linke Partei zu sagen haben.

Vordergründig richtete sich der Putsch gegen die Bestimmungen des „Versailler Vertrages“, doch genau genommen zielte der Putsch vor allem auf die demokratischen und sozialen Rechte, die in der Verfassung der Weimarer Republik festgeschrieben worden waren.

Zwar gingen diese Rechte als Ergebnis der Novemberrevolution von 1918 vielen sozialistischen Arbeiterinnen und Arbeitern auch hier in Ostthüringen nicht weit genug. So wie auch heute noch heftig darüber gestritten wird, was die Novemberrevolution 1918 hätte erreichen können, gingen auch vor 90 Jahren die Auffassungen innerhalb der linken Organisationen und Strömungen weit auseinander.

Die radikale Linke, vor allem in der KPD und der USPD, wollte anstelle der parlamentarischen Demokratie, den sozialstaatlichen Regelungen und der Sozialpartnerschaft zwischen Gewerkschaften und Unternehmern ein Rätssystem und die Sozialisierung der Wirtschaft erreichen.

Aber auch die nicht ganz so radikale USPD-Regierung im Volksstaat Reuß stieß mit ihren konkreten Sozialisierungsbestrebungen einschließlich eines gesetzlichen Mindestlohnes an die Grenzen der bürgerlichen Demokratie.

Anders als die radikale Linke in der sozialistischen Arbeiterbewegung setzte in Ostthüringen die übergroße Mehrheit sowohl auf die parlamentarische Demokratie, als auch auf rätedemokratische Elemente. Es war kein Zufall, dass im Freistaat Sachsen-Altenburg und im Volksstaat Reuß die Landesarbeiterräte in den neuen Landesverfassungen verankert worden waren.

Zu Recht sahen sich die ostthüringischen sozialistischen Arbeiter ab 1921 als die wichtigste Stütze der von der KPD tolerierten sozialdemokratischen Landesregierung unter August Frölich. Diese erwies sich in den Jahren 1922/23 als konsequente Verteidigerin der

Republik gegen Aktivitäten der extremen Rechten und die erstmals in Erscheinung tretende NSDAP.

Das landespolitische Reformkonzept der Regierung Frölich setzte nicht nur auf radikale Veränderungen im Rahmen der bürgerlichen Demokratie, es hat auf lange Sicht auch nachhaltige Wirkungen hinterlassen:

- Die heutigen Kommunalstrukturen in Thüringen wären ohne die Kommunalreform von 1922, die mit der territorialen Zerstückelung Schluss machte, nicht denkbar.
- Wenn 2009 an den 90. Jahrestag der Gründung des Weimarer Bauhauses erinnert wurde, dann auch deshalb, weil die Regierung Frölich dieses großzügig unterstützte und es gegen den reaktionären Geist mancher bürgerlicher Kreise in Schutz nahm.
- Das Grundanliegen der Greilschen Schulreform, jedem Kind unabhängig von seiner sozialen Herkunft eine Chance auf gute Bildung zu geben, führen wir heute fort wenn wir auf gerechte Bildung pochen.
- Im übrigen: Der Bildungsminister der Regierung Frölich, Max Greil, hatte nach der Novemberrevolution als Bezirksschulrat in Gera bereits erste Ansätze seiner Reformen erprobt.

All das hätte es nicht gegeben, wenn im März 1920 die Republik gegen die Putschisten nicht verteidigt worden wäre. Insofern eröffnete der erfolgreiche Abwehrkampf noch einmal eine alternative Entwicklungsmöglichkeit für die erste Demokratie auf deutschen Boden, der in Thüringen dann 3 Jahre lang versucht worden ist und im Herbst 1923 von der Reichswehr zerschlagen wurde. Denn mit dem Abstand von 90 Jahren und unserem heutigen Wissen um den Verlauf der Geschichte wird klar, dass die Putschisten des März 1920 den weiteren Weg angezeigt hatten. Es war kein Zufall, dass an ihren Stahlhelmen das Hakenkreuz prangte.

Als die Putschisten auf dem Weg ins Berliner Regierungsviertel waren, trat die SPD-geführte Regierung zusammen. Da die Reichswehrführung nicht bereit war, die demokratisch legitimierte Regierung gegen die Putschisten zu verteidigen, beschloss diese die Flucht. Ein findiger Beamter verfasste in dieser Situation einen Aufruf der sozialdemokratischen Minister zum Generalstreik gegen die Putschregierung. Ob die sozialdemokratischen Reichsminister diesen wirklich unterschrieben ist bis heute umstritten. Jedenfalls wollten sie sehr schnell nichts mehr davon wissen.

Die SPD versuchte mit diesem Aufruf ihre Parteibasis zu mobilisieren und sah sich in der Situation, plötzlich entgegen der Logik ihrer eigenen bisherigen Politik die Massen zu einer außerparlamentarischen Aktion mobilisieren zu müssen.

Die Parteiführungen von USPD und KPD sahen keinen Grund eine Regierung zu verteidigen, die aus ihrer Sicht die Revolution verraten hatte. Erst als diese beiden Führungen spürten, dass sich an der Basis über die Parteigrenzen hinweg eine breite Abwehrfront formiert hatte, riefen USPD und KPD zum Abwehrkampf auf.

Es ist vor dem Hintergrund der Zersplitterung der sozialistischen Arbeiterbewegung in drei verschiedenen Parteien kein Zufall, dass die Gewerkschaften die Führung im Abwehrkampf

gegen den Putsch übernahmen und nach dem erfolgreichen Abwehrkampf versuchten, politisch in der Offensive zu bleiben.

Die von den Gewerkschaften vorgeschlagene Arbeiterregierung kam jedoch aufgrund der Zerstrittenheit zwischen und in den Arbeiterparteien nicht zustande. Damit bekam die Reichswehr, die im März 1920 offen oder verdeckt geputscht hatte und zurückgeschlagen worden war, sehr schnell die Gelegenheit, sich für ihre Niederlage an den Arbeitern vor allem im Ruhrgebiet aber auch in einigen Teilen Thüringens blutig zu rächen.

Als die ersten Nachrichten über den Putsch in Ostthüringen bekannt wurden, begriffen vor allem die sozialistischen Arbeiter unabhängig von ihrer Parteimitgliedschaft sofort, was dies bedeutete. Sofort traten Aktionsausschüsse und Arbeiterräte zusammen, um über Abwehrmaßnahmen zu beraten. Die Regierungen der Thüringischen Kleinstaaten, alle von Sozialdemokraten oder unabhängigen Sozialdemokraten gestellt, stellten sich gegen die Putschisten.

In Altenburg und Jena war die Abwehrfront so stark, dass sich die mit den Putschisten sympathisierenden Truppen nicht hervorwagten und es vorzogen, in ihren Garnisonen zu bleiben.

In Gera entwickelten sich die Ereignisse dramatisch. Hier war der Sitz der Regierung des Volksstaates Reuß, ihr wurde am 14. März vom hier stationierten Reichswehrbataillon ein Ultimatum gestellt. Sie sollte sich innerhalb von 2 Stunden auf die Seite der Putschregierung stellen, anderenfalls würde sie von der Reichswehr als Gegner betrachtet. Die Regierung wich nach Greiz aus um von hier aus den Abwehrkampf zu organisieren. Nach Ablauf des Ultimatums fuhren bewaffnete Soldaten, verstärkt von bewaffneten Bürgern des so genannten Zeitfreiwilligenverbandes durch Stadt und besetzten wichtige Gebäude.

Unter diesen Bedingungen fanden am gleichen Tag Wahlen zum Geraer Stadtrat statt, in deren Ergebnis die Arbeiterparteien ihre absolute Mehrheit verteidigten.

Zugleich mussten die Geraer Putschisten ihr Vorhaben aufgeben, der Regierung nach Greiz zu folgen um sie dort fest zusetzen. Denn die in Greiz allarmierten Arbeiter hatten die Verteidigung der Stadt so umfangreich organisiert, dass diese nur durch einen größeren Truppeneinsatz hätte überwunden werden können.

Am 15. März setzte wie in ganz Deutschland auch in Gera der Generalstreik ein. Demonstrierende Arbeiter näherten sich in großer Anzahl dem von den Putschisten besetzten Markplatz. Nachdem auf sie das Feuer eröffnet worden war, stürmten sie den Platz und entwaffneten die Soldaten. Danach griffen die nun bewaffneten Arbeiter die Truppen an und hatten bis zum Nachmittag Gera unter ihre Kontrolle gebracht, wobei insgesamt 15 Geraer in den Kämpfen gegen die Putschisten ihr Leben ließen.

Am 17. März 1920 brach der Kapp-Putsch infolge des von insgesamt 12 Millionen Arbeiterinnen und Arbeitern sowie Angestellten in ganz Deutschland befolgten Generalstreiks zusammen. Dennoch hatte sich die Lage noch nicht beruhigt. Als in der Nacht vom 19. zum 20. März in Greiz bekannt wurde, dass die Reichswehrtruppen aus Sachsen auf den Volksstaat Reuß zu bewegten, wurden die Arbeiter der umliegenden Städte

alarmiert. Im Ergebnis einer gut koordinierten Aktion wurden die Truppen bei Zikra eingekreist, die kapitulieren mussten.

Am 21. März 1920 unterzeichneten die Kommandeure zweier Reichswehrebataillone einen Kapitulationsvertrag, in dem sie sich verpflichteten, nach Übergabe ihrer Waffen an die reußische Landesregierung in ihre Garnisonsstandorte zurückzukehren. Kapitulieren mussten die Reichswehrtruppen vor insgesamt 2000 bewaffneten Arbeitern aus Gera, Greiz, Zeulenroda, Triebes, Werdau, Crimmitschau und Fraunreuth, Berga, Weida, Neustadt a.O. Ronneburg, Auma und Hohenleuben.

Diese schriftliche Kapitulation stellt im Rahmen der Ereignisse zur Niederschlagung des Kapp-Putsches im März 1920 nur eine kleine Episode dar. Sie ist aber insofern einzigartig, weil nur hier die Putschisten ihre Niederlage urkundlich besiegeln lassen mussten.

Es war die Stärke der ostthüringischen Arbeiterbewegung die es ermöglichte, sich gemeinsam den Reichswehrtruppen entgegenzustellen. Bis zur Reichsexekution im November 1923 traute sich die Reichswehr nicht wieder in diese Gegend offensiv einzumarschieren.

Obwohl die sozialistische Arbeiterschaft die Weimarer Republik aus guten Gründen kritisch sah, kommt ihr das Verdienst zu, sie im März 1920 gegen die Putschisten verteidigt zu haben.

Demokratie ohne soziale Gerechtigkeit bedeutet vor allem aus der Sicht derer, die von Ungerechtigkeit betroffen sind, vielleicht nicht viel. Aber ohne Demokratie ist auch soziale Gerechtigkeit für uns nicht viel wert. Deshalb verteidigte die sozialistische ArbeiterInnen-Bewegung über ihre parteipolitischen Grenzen hinweg die Republik. Zur Verteidigung der Demokratie brauchte und braucht es keine gemeinsame weltanschauliche oder ideologische Grundlage - bis auf die entscheidende, den Willen, die Demokratie zu verteidigen und sie als Grundlage und Mittel gesellschaftlicher Veränderungen anzusehen. Freiheit und Sozialismus, das ist wohl zusammengefasst der Kern.

Insofern ist das Schicksal derer, die 1920 die Republik verteidigten, Wert, im Gedenken behalten zu werden. Sie wehrten zwar die Gegner der Republik ab, konnten sich aber nicht auf eine gemeinsame Regierung oder ein gemeinsames Agieren verständigen. Damit verschlechterten sich ihre Positionen zusehends, bis sie 1933 dem deutschen Faschismus unterlagen.

Eine Linke braucht auch heute beides: Den Willen und die Fähigkeit, gemeinsam mit anderen die Demokratie auch durch außerparlamentarische Aktionen zu verteidigen und auszubauen! Und zugleich den Willen sowie die Fähigkeit, für die eigene, soziale oder sozialistische Politik Mehrheiten zu erringen und sie politisch zu nutzen!